



Allgemeine Geschäftsbedingungen (Stand 30.09.2023)

§ 1 Ort und Zeit

Die Servicegesellschaft bestimmt ihren Arbeitsort und ihre Arbeitszeit nach pflichtgemäßem Ermessen.

§ 2 Vergütung

- (1) Die Beratungsleistungen der Servicegesellschaft sind gemäß der umseitigen Vereinbarung als Pauschal- oder Zeithonorar zu vergüten.
- (2) Die vom Auftragnehmer gestellten Rechnungen werden ausschließlich in elektronischer Form erstellt und sind ohne Unterschrift gültig. Sie sind spätestens, gleich ob es sich um eine Teil- oder eine Abschlussrechnung handelt, 14 Tage nach Erhalt fällig.
- (3) Kommt der Auftraggeber in Zahlungsverzug, so ist die Servicegesellschaft berechtigt, in Höhe von 5% p.a. über dem jeweiligen von der Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz Verzugszinsen zu fordern.
- (4) Mehrere Auftraggeber haften, gleichgültig ob natürliche oder juristische Personen, gesamtschuldnerisch.
- (5) Der Auftraggeber hat nur das Recht, zwischen rechtskräftig festgestellten und unbestrittenen Forderungen aufzurechnen. Die Aufrechnung des Auftraggebers mit bestrittenen oder rechtskräftig anerkannten Forderungen ist demzufolge ausgeschlossen.
- (6) Dauert der Zahlungsverzug länger als 8 Wochen, so ist die Servicegesellschaft berechtigt, diesen Vertrag fristlos zu kündigen. Schadensersatzansprüche und sonstige gesetzliche Ansprüche der Servicegesellschaft bleiben vorbehalten.

§ 3 Gegenstand des Vertrages

- (1) Gegenstand des Auftrages ist die im Vertrag verzeichnete Beratungstätigkeit, nicht die Erzielung eines bestimmten wirtschaftlichen Erfolges oder die Erstellung von Gutachten oder anderen Werken. Die Leistungen der Servicegesellschaft sind erbracht, wenn die erforderlichen Analysen, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und die Empfehlungen erarbeitet und gegenüber dem Auftraggeber erläutert wurden. Es ist dabei unerheblich, ob und wann die Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen durch den Auftraggeber umgesetzt werden.
- (2) Die Servicegesellschaft führt ihre Tätigkeit mit größter Sorgfalt und stets mit Blick auf die individuellen Bedürfnisse und die besondere Situation des Auftraggebers durch.
- (3) Soweit nichts anderes vereinbart ist, kann die Servicegesellschaft zur Auftragsausführung sachverständige Unternehmen hinzuziehen, wobei die Servicegesellschaft dem Auftraggeber unmittelbar verpflichtet bleibt. Die Servicegesellschaft entscheidet im Übrigen nach eigenem Ermessen, welche Mitarbeiter sie einsetzt oder austauscht.

§ 4 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen und in seiner Betriebssphäre alle zur ordnungsgemäßen Auftragsbefreiung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen; insbesondere hat er alle für die Auftragsdurchführung notwendigen oder bedeutsamen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.
- (2) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der Beratungsdienste in Verzug oder unterlässt er die oben bezeichnete ihm obliegende Mitwirkung trotz Mahnung und Fristsetzung, so ist die Servicegesellschaft zur fristlosen Kündigung berechtigt.
- (3) Unabhängig von der Geltendmachung dieses Kündigungsrechts hat die Servicegesellschaft Anspruch auf Ersatz des durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung entstandenen Schadens bzw. der Mehraufwendungen.

§ 5 Abänderungen der Leistungsverpflichtungen

- (1) Die Servicegesellschaft ist verpflichtet, Änderungsverlangen des Auftraggebers Rechnung zu tragen, sofern ihr dies im Rahmen ihrer betrieblichen Kapazitäten und insbesondere im Hinblick auf den Aufwand und der Zeitplanung zumutbar ist.
- (2) Soweit sich die Prüfung der Änderungsmöglichkeiten oder die Realisierung der gewünschten Änderungen auf die Vertragsbedingungen auswirken, insbesondere auf den Aufwand des Auftragnehmers oder den Zeitplan, werden die Parteien eine angemessene Anpassung der Vertragsbedingungen vornehmen, insbesondere Anpassung der Vergütung und Verschiebung der Termine. Soweit nichts anderes vereinbart ist, führt die Servicegesellschaft in diesem Fall bis zur Vertragsanpassung die Arbeiten ohne Berücksichtigung der Änderungswünsche durch.
- (3) Abänderungen und Ergänzungen des Auftrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für das Abbedingen des Schriftformerfordernisses selbst. Protokolle über diesbezügliche Besprechungen oder den Projektsachstand werden dementsprechend von den Bevollmächtigten beider Seiten unterzeichnet.

§ 6 Verschwiegenheit und Datenschutz

Die Servicegesellschaft verpflichtet sich, die ihr zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen der Auftraggeber vertraulich zu behandeln. Nicht vertraulich sind nur solche Unterlagen, die

- bereits öffentlich bekannt sind oder während des Vertragsverhältnisses öffentlich bekannt werden, ohne dass die Mitarbeiter oder Berater der Servicegesellschaft dies zu vertreten hätten;
- während des Vertragsverhältnisses ohne Verletzung einer Vertraulichkeitsvereinbarung, aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder behördlicher Anordnungen bekannt werden.

Die Servicegesellschaft ist jedoch befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrags die ihr anvertrauten personenbezogenen Daten unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu verarbeiten und durch Dritte verarbeiten zu lassen. Einzelheiten können den Hinweisen zum Datenschutz und zur Datenverarbeitung entnommen werden.

§ 7 Mängel

- (1) Soweit die Leistungen der Servicegesellschaft nachbesserungsfähig sind, wird sie etwaige von ihr zu vertretene Mängel beseitigen, soweit ihr das mit angemessenem Aufwand möglich ist. Der Auftraggeber hat etwaige Mängel unverzüglich schriftlich zu benennen, spätestens jedoch drei Monate nach Leistungserbringung.
- (2) Bei Fehlschlägen der Nachbesserungen kann der Auftraggeber auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen. Ist der Auftrag von einem Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts erteilt worden, so kann der Auftragnehmer die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen fehlgeschlagener Nachbesserung für ihn ohne Interesse ist.

§ 8 Haftung

- (1) Die Servicegesellschaft haftet dem Auftraggeber nach den gesetzlichen Vorschriften unbeschränkt, soweit unter dem folgenden Absatz 2 nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Die Servicegesellschaft haftet dem Auftraggeber für die von ihm bzw. seinen Mitarbeitern vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden. Für Schäden, die nicht Personenschäden sind, beschränkt sich die Haftung der Servicegesellschaft im Falle der leichten Fahrlässigkeit auf den 10fachen Wert des Auftrages, maximal auf 10.000,00 Euro. Sofern der Auftraggeber eine darüberhinausgehende Haftung wünscht, so bedarf dies einer gesonderten Regelung im Einzelfall. Dies gilt nicht für die Verletzung wesentlicher Pflichten (Kardinalpflichten).

§ 9 Beendigung des Vertragsverhältnisses

- (1) Soweit zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wurde, kann der Auftrag mit einer Frist von 30 Tagen zum Monatsende jederzeit gekündigt werden.
- (2) Die Kündigung des Auftrages aus wichtigem Grund ist jederzeit möglich. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich wesentliche verfahrenstechnische und gesetzliche Grundlagen ändern.
- (3) Zur Wirksamkeit der Kündigung bedarf es der Schriftform.
- (4) In allen Fällen der Kündigung nach Absatz 1 und 2 hat der Auftraggeber die vereinbarte Vergütung, abzüglich der anteiligen Vergütung für den vereinbarten Leistungsumfang der durch die Kündigung erspart wurde, zu entrichten. Zusätzlich besteht ein Anspruch der Servicegesellschaft auf Vergütung der Leistungen und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Kündigung – auch im Verhältnis der Servicegesellschaft zu Dritten – entstanden sind.
- (5) Ist die Kündigung aus Gründen, die von der Servicegesellschaft zu vertreten sind, erfolgt, besteht ein Vergütungsanspruch der Servicegesellschaft für die bis dahin erbrachten Leistungen nur, soweit diese für den Auftraggeber nutzbar sind.

Bestenfalls Informationen zur E-Mail-Korrespondenz und Internet-Datenübertragung

Mit unserer Beauftragung und Anerkennung der AGB erklären Sie auf der Grundlage der nachstehenden Informationen, zugleich auch Ihre Zustimmung zu einer unverschlüsselten E-Mail-Korrespondenz und Internet-Datenübertragung.

Mit einer Datenübertragung via E-Mail und Internet sind stets Sicherheitsrisiken verbunden. Die Wege, die ein elektronischer Brief durch das Internet nimmt, können weder nachvollzogen noch abgesichert werden, so dass es zu Bekanntwerden der Daten durch Zugriff Dritter, Datenverlust, Virenübertragung, Übersendungsfehlern, Übersendungsausfällen etc. kommen kann. Eine Verschlüsselung kann aus arbeitsablauftechnischen Gründen nicht durchgeführt werden. Das Recht, eine solche einzufordern, besteht nicht. Die Zustimmung kann nur schriftlich und für die Zukunft widerrufen werden. Wird eine Korrespondenz via E-Mail und Internet-Datenübertragung nicht mehr gewünscht, erfolgt die Korrespondenz ausschließlich auf dem Postweg.

Hinweise zum Datenschutz und zur Datenverarbeitung

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Service Gesellschaft mbH
des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
Oxfordstrasse 12-16
53111 Bonn
Telefon: +49 (228) 60 43 8-0
Telefax: +49 (228) 6 04 38 99
E-Mail: info@bpa-servicegesellschaft.de

Externer Datenschutzbeauftragter

Wir haben für unser Unternehmen einen externen Datenschutzbeauftragten bestellt, den Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Dr. Gert Landauer
Telefon: 08091 39398-60
E-Mail: landauer@hwh-datenschutz.de

Erhebung, Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten

Wenn Sie uns beauftragen, erheben wir in der Regel folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- Anschrift,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk),
- Informationen, die für die Bearbeitung Ihres Auftrages notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Kunden identifizieren zu können;
- um Sie angemessen beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Auftrages und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Auftragsverhältnis erforderlich.

Die durch uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung Ihres Auftrages erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verhandlungspartner (z.B. Kostenträger) und deren Vertreter zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung Ihrer Ansprüche. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht durch uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren.

Im Falle datenschutzrechtlicher Verstöße steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde zu:

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Postfach 3040

55020 Mainz

DSB Meldung online

<https://www.datenschutz.rlp.de/de/themenfelder-themen/online-services/meldeformular-datenschutzbeauftragter-gem-art-37-abs-7-ds-gvo/>

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@bpa-servicegesellschaft.de.